

Pressemitteilung

Ein erneuter Versuch, die Muslime von ihrer islamischen Identität abzubringen

Im April 2017 wurde über einen Grundschullehrer aus Luleå berichtet, der vor dem Hintergrund eines (ihm unliebsamen) Moscheebauvorhabens im Ort Hetze betrieb. Er bezeichnete den Propheten Muhammad (s) als Pädophilen und unterstellte dem Islam Frauenfeindlichkeit. Trotz dessen durfte er seine Anstellung an der Schule behalten. Der Direktor der Bezirksgrundschule in Luleå hielt die Entlassung des Lehrers für nicht möglich, da seine Äußerungen den Rahmen der Meinungsfreiheit nicht überschritten hätten.

Im August desselben Jahres wurde erneut über umstrittene Äußerungen von Lehrern berichtet. Allerdings wurden in diesen Fällen die betroffenen Lehrkräfte aufgrund des Extremismus-Vorwurfs vom Dienst suspendiert. Sie wurden allein wegen des *Verdachts auf Verbindungen zum Extremismus* entlassen. Diese auf reine Verdächtigungen und Ressentiments beruhende Willkür ebnet den Weg zur systematischen Diskriminierung von Menschen mit abweichenden Überzeugungen. Hierdurch werden die bereits vorhandenen gesellschaftlichen Spannungen weiter geschürt. Den Schaden tragen sowohl die Minderheiten als auch die Mehrheitsgesellschaft davon. Dies sollten sich die Verantwortlichen vor Augen führen.

Der Assimilationsterror gegen die Muslime hält an, und hierbei geht es um nichts Geringeres als um die Vernichtung der islamischen Identität bzw. um die Kriminalisierung der islamischen Sichtweise auf das Leben und seine Belange. Jede unliebsame Idee wird als extrem bzw. radikal gebrandmarkt, sodass eine sachliche Diskussion des islamischen Standpunktes gar nicht erst entstehen kann. Der Begriff des *Extremismus* wird regelmäßig von westlichen Politikern zur Verunglimpfung jedweder nicht säkularer Idee genutzt. Augenscheinlich schwenken sie das Banner der Meinungsfreiheit. Doch ist dieser Begriff tatsächlich nur ein Machtinstrument in den Händen von Politikern, das sie nach Belieben nutzen um den Druck auf die Muslime zu erhöhen. Sie wollen den Säkularismus festigen und jede Debatte über Alternativen zur bestehenden Ordnung im Keim ersticken.

Durch diese Art des Umgangs möchte der Staat die Muslime vor die Wahl stellen: *Bekannt euch zur westlichen Lebensordnung und werdet zu anerkannten schwedischen Bürgern mit gleichen Chancen oder beharrt auf eurer islamischen Identität und werdet zu Geächteten der Gesellschaft ohne jede Perspektive auf berufliche Entwicklung oder Teilhabe am öffentlichen Leben.* Wir versichern allen Verantwortlichen, Politikern und Medienleuten, dass sich die Muslime ganz klar für den Islam entscheiden. Sie werden unter allen Umständen an der göttlichen Lebensordnung festhalten.

Die Muslime möchten sich gerne aktiv in die Gesellschaft einbringen und ihren Beitrag leisten. Allerdings wird dies durch die ablehnende und ausgrenzende Haltung diverser Wirtschaftsorgane, Politiker, Medien und nicht zuletzt des Europäischen Gerichtshofes erschwert. So sind insbesondere die Urteile des EuGH aus der jüngsten Vergangenheit als Legitimation zur Ausgrenzung und Isolation Kopftuch tragender muslimischer Frauen zu deuten. Eine gute Qualifikation und ein hohes berufliches Engagement reichen mittlerweile nicht mehr aus, um als Muslim gesellschaftlich anerkannt zu werden. Es zeigt sich immer mehr, dass das bloße Festhalten an der islamischen Werteordnung zu gesellschaftlicher Ächtung führt und im Berufsleben einen Kündigungsgrund darstellt. Dabei sind doch gerade Muslime mit starker islamischer Orientierung besonders wertvolle Mitglieder und Mitarbeiter,

da sie besondere soziale Kompetenzen mit sich bringen, die auf allen Ebenen für ein positives und kooperatives Klima sorgen.

Dieser Hass und diese Feindseligkeit gegen den Islam können nur als Zeichen der intellektuellen Armut und der Unfähigkeit der westlichen Kultur gewertet werden, tragfähige Argumente gegen den Islam hervorzubringen. Wir von Hizb-ut-Tahrir in Skandinavien rufen deshalb zu einer ehrlichen Debatte über den Islam auf, anstatt sich hinter beschämenden Aktionen zu verstecken. So etwas ziemt sich nicht für Repräsentanten einer Gesellschaft, die von sich behauptet, offen zu sein und Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Ansichten und Überzeugungen willkommen zu heißen.

21. Dū l Qi'da 1438 n. H.

13.08.2017

**Medienbüro
von
Hizb ut-Tahrir
in Skandinavien**